

Nina Warken

Mitglied des Deutschen Bundestages

ZUHÖREN.
ANPACKEN.
UMSETZEN.



Liebe Leserinnen und Leser,

von Albert Einstein stammt das Zitat: „Wenn's alte Jahr erfolgreich war, dann freue dich aufs neue. Und war es schlecht, ja dann erst recht.“ Ganz in diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben alles Gute für das neue Jahr 2020, Gottes Segen, beste Gesundheit und viel Erfolg.

In dieser Woche fand die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages statt. Insbesondere das Thema „Organspende“ stand hierbei im Fokus. Nebenstehend finden Sie zu dieser wichtigen Thematik weiterführende Informationen.

Falls Sie ein Anliegen haben, so können Sie sich jederzeit an mich persönlich wenden. Ich freue mich auf den Dialog mit Ihnen!

Herzlichst

Jhe
Nina Warken

Die Organspende ist eine ethisch vielschichtige und sehr anspruchsvolle Thematik

Zur Abstimmung im Deutschen Bundestag am 16. Januar 2020 standen zwei fraktionsübergreifende Gesetzesanträge der Bundestagsabgeordneten: Zum einen der Gesetzentwurf zur Regelung der doppelten Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz, zum anderen der Gesetzentwurf zur Stärkung der Entscheidungsfreiheit bei der Organspende, die sog. erweiterte Entscheidungslösung.

Ich habe mich mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt – im Rechtsausschuss war ich als Berichterstatterin für das Thema Organspende zuständig – und bin für mich zu dem Ergebnis gelangt, dass ich dem Ansatz der sog. doppelten Widerspruchslösung nicht zustimmen konnte.

Auch aus juristischer Sicht bin ich der Auffassung, dass es für eine solch elementare Entscheidung, wie es die Organspende darstellt, eines aktiven Tuns, also der Einwilligung als Organspender zur Verfügung zu stehen, be-

darf. Ich bin der Überzeugung, dass die Einführung einer Widerspruchsregelung und der damit verbundene staatliche Zwang zur Organspende das Vertrauen in die Organspende und das Ziel, die Zahl der Spenden zu steigern, nicht erhöht hätten.

Studien belegen, dass es vor allem an den Kliniken liege, denen bisher oft Zeit und Geld fehle, Organspender zu identifizieren. Und genau deshalb haben wir uns in einem ersten Schritt Anfang des vergangenen Jahres auf die Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Organspende und die Behebung von strukturellen Defiziten konzentriert, und das Gesetz für bessere Zusammenarbeit und Strukturen bei der Organspende (GZSO) auf den Weg gebracht, das im April 2019 in Kraft getreten ist.

Auch die beiden großen Kirchen in Deutschland haben sich in der öffentlichen Sachverständigenanhörung noch einmal klar positioniert. Aus christlicher Sicht gebe es überzeugende Gründe, die eigenen Organe anderen Menschen zu spenden, jedoch dürfe daraus keine moralische Pflicht abgeleitet werden. Eine rechtliche Pflicht könne es aus diesem Grund nach Ansicht der Kirchen somit nicht geben. Ein Großteil der Sachverständigen hielt eine solche Regelung für sehr bedenklich. Vor diesem Hintergrund habe ich für die moderate Änderung der geltenden Rechtslage – für die erweiterte Entscheidungslösung – gestimmt.

Für Sie engagiert und vor Ort!



Neujahrsempfang der CDU Walldürn



Neujahrsempfang in Weikersheim



Neujahrsempfang in Tauberbischofsheim



Neujahrsempfang in Seckach



Neujahrsempfang in Werbach



Neujahrsempfang in Werbach



Neujahrsempfang in Grünsfeld



Neujahrsempfang in Wertheim